

Tristan Zielinski
Fraktionsvorsitzender
Mitglied des Rates

fraktion@fdp-dorsten.de
www.fdp-dorsten.de

Mühlenstr. 12
46284 Dorsten

Dorsten, 14.12.2016



Haushaltsrede des Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Dorsten

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist heute auf den Tag genau 3 Monate her, dass Bürgermeister und Kämmerer den Haushalt eingebracht haben. Damals stand die Diskussion ganz im Zeichen einer Entscheidung, auf die der Rat der Stadt Dorsten so gut wie keinen Einfluss hatte: Die geplante Erhöhung der LWL-Umlage um über 10%. Der Haushalt drohte zu kippen – man schob sich gegenseitig den schwarzen Peter zu – und nun ist die Umlage deutlich geringer. Ein Teil der Erhöhung wird durch den Kreis Recklinghausen ausgeglichen. Einige meinen wahrscheinlich die Welt sei wieder in Ordnung und man könne die Haushaltsreden mit typischen Trivialitäten wie „dies ist die x-te Rede“ oder „im Grunde ist schon alles gesagt“ beginnen lassen wie dies in der Vergangenheit zu oft der Fall war.

Doch die Haushaltsverabschiedung ist nach unserem Selbstverständnis die Sternstunde des Parlaments: Es geht nicht nur darum, dass sich der Haushalt an den Vorgaben des Stärkungspakts messen lassen muss. Es geht auch um die Wahrnehmung der Kontrollfunktion der Ratsmitglieder gegenüber der Verwaltung, um die politische Geisteshaltung und schließlich um die Formulierung eigener Ideen und Vorschläge bezogen auf Themen – und zwar auf Themen, auf die der Rat überhaupt noch Einfluss hat. Daher

werde ich zwar auch auf die Umlageverbände und die bekannte Problematik eingehen aber ansonsten überprüfen, ob die vorweihnachtliche Stille in Dorsten gerechtfertigt ist.

Sicherlich ist es richtig, dass der LWL zu geringe Sparbemühungen gezeigt hat und nur teure Zeit durch die Verschwendung von Eigenkapital erkaufte hat. Nach wie vor hält er Unternehmensbeteiligungen wie etwa an der Provinzial oder der RWE AG. Nach wie vor ergibt sich ein massiver Interessenkonflikt dadurch, dass der LWL beispielsweise in der Jugendhilfe einerseits Aufsichtsbehörde ist, andererseits aber selbst in dem Bereich Einrichtungen betreibt welche ein Interesse an der Erhöhung von Sozialstandards haben weil sich damit Geld verdienen lässt. Immer dort, wo Kontrollfunktionen fehlen weil Verantwortlichkeiten zu verschachtelt und zu indirekt sind ergeben sich leicht Bereicherungsbündnisse.

In anderen Bundesländern übernimmt das Land teilweise direkt die Aufgabenbereiche, die hierzulande durch die Umlageverbände abgedeckt werden. Diese Regelung hat den Vorteil, dass nicht nur eine rechtliche sondern auch eine inhaltliche Aufsicht gegeben ist und Kostensteigerungen nicht nur an die Kommunen weitergereicht werden, die allgemein am Ende der Nahrungskette stehen. Dieses Modell und die damit verbundene Abschaffung des LWL hätte sicherlich auch in NRW Vorteile. Doch jetzt folgt das „aber“: Als der Rat in seiner letzten Sitzung eine Resolution zur Senkung der LWL-Umlage beschloss wurde genau dieser von uns eingebrachte Vorschlag – eine generelle Verwaltungsstrukturreform – nicht aufgenommen. Das ist inkonsequent und rückt die Politik in die Nähe einer

geplanten Choreographie weil wir jetzt voraussichtlich in jedem Jahr das gleiche Drama in drei Akten erleben:

1. Die Umlageverbände gehen mit einer Maximalforderung in die Haushaltsberatung.
2. Die Kommunen beschweren sich (zurecht) lautstark.
3. Man trifft sich irgendwo in der Mitte und ändert nichts an den fehlerhaften Strukturen.

Diese dramaturgische Inszenierung des Status quo nennt man dann kommunale Selbstverwaltung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wenn man den Blick wieder auf die Entscheidungsebene vor Ort und die Dinge die wir beeinflussen können lenkt stellt man fest, dass viele Weichen richtig gestellt wurden. Ich erinnere an die Kostenproblematik der Jugendhilfe: Während die Zahl der jungen Menschen in Dorsten auf der einen Seite konstant abgenommen hat stiegen auf der anderen Seite nicht nur die Fallzahlen, sondern auch die finanziellen Aufwendungen. Mehr als die Hälfte der Gewerbesteuereinnahmen fließt in die wirtschaftliche Jugendhilfe. Diese Entwicklung kann auf Dauer nicht gutgehen - dagegen können die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr anverdienen. Wir haben daher u.a. einen externen Gutachter eingeschaltet um die Defizite im Jugendhilfebereich benennen und beheben zu können, wie beispielsweise mangelnde Dokumentation, unzureichendes Controlling und fehlerhaftes

Fallmanagement. In diesem Zusammenhang wurden auch folgerichtig die Verträge mit den Trägern neu verhandelt sowie eine Kostenbremse eingeführt. Wir begrüßen es auch ausdrücklich, dass die Dorstener Arbeit auf dem Gebiet in Stellung gebracht wurde um durch Konkurrenz und Wettbewerb einer Kostensteigerung entgegenzutreten.

Sehr zufrieden sind wir auch mit der von uns begleiteten strategischen Neuausrichtung der städtischen Wirtschaftsförderung, der WinDor GmbH. Der neue Geschäftsführer Josef Hadick verwies an vielen Stellen darauf, dass er die WinDor nicht als reine Verwaltungsgesellschaft sieht, die hier und dort ein paar Grundstücke verkauft, sondern als Dienstleisterin, welche örtliche Unternehmen bei der Bewältigung bürokratischer Hindernisse unterstützt und auch eine Lotsenfunktion gegenüber der regulären Verwaltung wahrnehmen wird. In den Gesprächen die wir geführt haben wurde zudem deutlich, dass die Herausforderung der Digitalisierung erkannt wurde und in Zukunft als Standortfaktor eine zentrale Rolle spielen wird. Besonders positiv sehen wir als Liberale, dass die Zusammenarbeit mit den bereits vor Ort ansässigen Unternehmen höher gewichtet wird als flüchtige Expansionstendenzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

diese - beispielhaft erwähnten - gelungenen Weichenstellungen dürfen allerdings nicht davon ablenken, dass noch viel Arbeit vor uns liegt und der finanzielle Spielraum in Dorsten nach wie vor begrenzt ist! Der Haushaltssanierungsplan weist gerade für die letzten Jahre des

Stärkungspakts wie 2019 oder 2021 nur ein sehr mageres Plus von ca 50.000 € aus. Die in der letzten Haushaltsrede der FDP-Fraktion geäußerte Prognose, dass uns die Niedrigzinsphase den Haushalt rettet, ist eingetreten. Trotzdem erinnert der Haushalt an ein bis zum Himmel beladenes Containerschiff – die kleinste Welle und es kentert. Wenn wir als Mandatsträger unsere Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ernst nehmen darf diese Situation jedoch nicht dazu führen einfach die Hände in den Schoß zu legen; vielmehr müssen wir weiterhin konstant überprüfen ob mit dem Geld der Steuerzahler verantwortungsvoll umgegangen wird. Für uns ist das Sparen kein Selbstzweck, sondern wir wollen verhindern, dass sich das katastrophale Steuererhöhungsszenario von 2012 in Dorsten wiederholt und die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich belastet werden. Die Grundsteuer B wird schließlich von allen gezahlt und befindet sich auf hohem Niveau. Der Gewerbesteuersatz ist in Dorsten nach wie vor deutlich höher als in vielen Nachbargemeinden und ist als Standortfaktor nicht zu unterschätzen. Auch andere Steuern wurden bereits an den Rand des gerade noch erträglichen erhöht: Ich erinnere hier nur an die Hunde oder Vergnügungssteuer. Letztere lag 2012 bei 12 %, mittlerweile sind wir bei 17% angekommen und die SPD wollte noch höher gehen.

Viele Politiker sind schnell dabei, vermeintlich gute Zwecke zu erspähen für die zusätzliches städtisches Geld in die Hand genommen werden sollte. Teilweise wird versucht, durch einen sehr weit gefassten Investitionsbegriff zu kaschieren, dass lediglich eine weitere laufende Ausgabe geschaffen werden soll. Wir bekräftigen an dieser Stelle unsere Auffassung, dass es

keine Steuererhöhungen in Dorsten geben darf, die das im HSP festgelegte Maß überschreiten! Des Weiteren treten wir entschieden dem seitens der Verwaltung gerne erzeugten Eindruck entgegen, dass, wie der Kämmerer mal sagte, der Rotstift abgenutzt sei. Es mag schwieriger sein Sparpotential zu finden, aber wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Dies wird etwa im Tiefbauamt deutlich: Die BSL-Management Gruppe hatte – als externer Gutachter – eine Organisationsuntersuchung im Tiefbauamt durchgeführt und festgestellt, dass allein 500.000 € jährlich (die Verwaltung kommt auf ca 290.000 €) an Kosten durch den hohen Krankenstand entstehen. Da hierdurch auch viele Aufgaben nicht erledigt werden können entsteht hier ein zusätzlicher Schaden, dessen Ausmaß nicht beziffert werden konnte. Unser Eindruck, dass im Bereich Grünpflege / Bauhöfe oftmals nur auf Zuruf und ohne System gearbeitet wurde ist leider voll und ganz bestätigt worden. Auch gibt es keine Kosten und Leistungsrechnung, so dass niemand weiß wer wann was genau mit welchem Arbeitsgerät erledigt hat, wobei ich nicht verhehlen will, dass sich die Verwaltung auf Initiative der Politik dieses Problems mittlerweile angenommen hat.

Wir halten es für völlig inakzeptabel, dass auf der einen Seite der Eindruck erweckt wird, die Stadt Dorsten könne nicht mehr sparen, aber auf der anderen Seite dieser Krankenstand mit so hohen Kosten hingenommen wurde. Dies hängt natürlich auch mit der Einstellungspraxis der 70er und 80er Jahre zusammen, als man bewusst teilweise Personal unkündbar in den städtischen Dienst einstellte in dem Wissen, dass dieses Personal statt

90 oder 100 % Leistung vielleicht nur 40 oder 50 % Leistung erbringen konnte. Das Ganze nannte man damals einfach „soziale Gerechtigkeit“ und gab die Kosten an den Steuerzahler weiter – und zwar (über die Grundsteuer) an alle Steuerzahler, von der Hausfrau bis zum Busfahrer über die Schuhverkäuferin, die oftmals nicht das Privileg der Unkündbarkeit genossen.

Das Problem des Krankenstands war durch eine FDP-Anfrage lange bekannt. Wie jeder im Protokoll der Haupt- und Finanzausschusssitzung vom 29.04.2015 nachlesen kann, kehrte man das Problem unter den Tisch und bemerkte „keinerlei Auffälligkeiten“. Bedenkt man, dass der Krankenstand auch vor 2014 / 2015 hoch war so wird schnell klar, dass der Schaden in die Millionenhöhe geht. Als der Gutachter das Problem thematisierte und es sich nicht mehr leugnen ließ, kam prompt ein Vorschlag des Planungsamts: ein neuer Traktor sollte angeschafft werden – Kostenpunkt ca 90.000 €. Der alte war zwar erst 2013 gekauft worden aber es mangelte an „Fahrkomfort“ und man wolle schließlich Rückenprobleme vermeiden sowie die „positive Motivation der Mitarbeiter“ (Drucksache 231/16) fördern. Das ist kein Scherz (höchstens Zynismus) liebe Bürgerinnen und Bürger, man wollte uns allen ernstes weismachen, dass Gesundheitsprävention- bzw. management darin besteht, einen neuen Traktor zu kaufen.

Wir haben daher beantragt, ein Gesundheitskonzept fortzuschreiben um endlich den Krankenstand zu reduzieren und *dadurch* die Motivation zu erhöhen sowie die hohen Kosten zu senken. Wenn sich – wovon ich nicht

ausgehe – allerdings zeigen sollte, dass die Angebote der Stadt anschließend bewusst ignoriert werden, müssen wir über Privatisierungen nachdenken. Die FDP-Fraktion sieht es als gutes Zeichen an, dass mittlerweile – nach den erwähnten Anfangsschwierigkeiten – fast alle Parteien und Akteure das Problem konstruktiv begleiten. Die Verwaltung hat unseren Vorschlag ergänzt und die CDU-Fraktion wollte sogar den Entsorgungsbetrieb in das Konzept miteinbeziehen. Die Grünen haben die Fortschreibung begleitet und auch die Linke hat sich eingebracht. Mir fehlt allerdings jedes Verständnis dafür, dass in diesem Hause eine demokratische Fraktion mit dem Anspruch der SPD einen konstruktiven Vorschlag einer anderen demokratischen Fraktion als „Frechheit“ lapidar abgekanzelt hat, wenn ich Hr. Fragemann einmal zitieren darf. Ich kann ihnen sagen was wir als Frechheit empfinden: Nicht nur, dass die Politiker in der Vergangenheit den Krankenstand nachweislich geleugnet haben, sondern noch dazu die Ineffizienz im Tiefbauamt als soziale Wohltat verkauft haben! Da klopfte der eine miles gloriosus der sozialen Gerechtigkeit dem anderen auf die Schulter frei nach dem Motto: es ist ja nur das Geld der Steuerzahler, was geht es uns an! Die Vorgehensweise, ein aktuelles Problem mit dem antiquierten Vokabular des Klassenkampfes lösen zu wollen erinnert eher an einen bekannten Aphorismus von Karl Kraus: „Passende Wüste für Fata Morgana gesucht.“

Ein weiterer Antrag von uns – gemeinsam mit der Union - sieht vor, künftig auch die Ausweisung von Grünflächen in Bebauungsplänen im Hinblick auf den Pflegeaufwand zu überprüfen. Wenn wir weder das Personal noch die finanziellen Mittel für die nachhaltige Unterhaltung haben macht es wenig

Sinn, ästhetisch ansprechende Grünflächen auf dem Papier zu entwerfen. Die Planung muss sich den Gegebenheiten des Gutachtens nun ein Stück weit anpassen. Unser Antrag sieht auch eine Prüfung vor, inwieweit Bürgerinnen und Bürger selbst – sofern sie wollen – eine Grünfläche pflegen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ein weiteres Thema, in welches nun Bewegung kommt, ist die Gründung der Sekundarschule. Die Ausgangslage wird sicherlich durch mehrere Faktoren bestimmt – ich möchte an dieser Stelle zwei wichtige betonen:

1. Die Eltern stimmen, was die Hauptschule angeht, mit den Füßen ab und wünschen ein längeres gemeinsames Lernen.
2. Eine Schulform mit weiterer Oberstufe ist in Dorsten nicht möglich, ohne bereits bestehende Schulen / Oberstufen zu gefährden. Daher muss verstärkt auf Kooperation geachtet werden.

Die FDP-Fraktion dankt an dieser Stelle ausdrücklich dem pädagogischen Kreis, der ehrenamtlich mittlerweile fast 30 mal getagt hat und das gemacht hat, was Hannah Arendt einmal „Denken ohne Geländer“ nannte – er formulierte Ideen abseits von üblichen Schulideologien. Wir haben uns sehr gefreut, dass der Arbeitskreis ein nicht minder überzeugendes als durchdachtes Konzept vorgelegt hat, welches das Profil der ohnehin ausdifferenzierten Schullandschaft in Dorsten weiter schärfen und verbessern kann. Gerne werden wir den Gründungsprozess konstruktiv begleiten. Wir haben aber kein Verständnis dafür, dass die stellvertretende

Parteivorsitzende der SPD im Schulausschuss im Zusammenhang mit der gesetzlich vorgeschriebenen Elternbefragung von einer - wörtlich (!) - „Volksverarschung“ sprach. Als Kritiker hat man grundsätzlich auch immer eine Verantwortung und wenn man schon selbst keine Vorschläge liefert sollte man nicht noch das ehrenamtliche Engagement des Arbeitskreises der letzten 4 Jahre derart niedermachen!

Bezogen auf die bauliche Ausstattung und den generellen Sanierungsstau muss auch klar sein, dass die Stadt einmalig Geld in die Hand nehmen muss und zwar in der Form, dass Förderprogramme von Land und Bund wie etwa „Gute Schule 2020“ angezapft und auch umgesetzt werden. Dadurch würde auch der Haushalt geschont. Haben wir das Personal dafür?

Sie werden bemerkt haben, dass wir uns heute weniger auf das „schwarze Peter“ Spiel einlassen sondern auch Verwaltung und Rat an den eigenen Aussagen messen. Ein Blick in den Stellenplan offenbart eine Galerie der doppelten Standards: So hieß es im letzten Jahr in einer Stellungnahme zum Kreishaushalt, die die Stadtverwaltung Dorsten mitverfasst hat (Drucksache 318/15, Anlage 1): „Das Fluktuationskonzept ist konsequent umzusetzen. Zusätzliche Bedarfe an Personal (auch durch Landes-/Bundespolitik) sind grundsätzlich zu konsolidieren.“ Zusätzlich wurde kritisiert, dass die vorgesehenen Steigerungen der Personalaufwendungen oberhalb des Wertes aus den NRW-weiten Orientierungsdaten liegen.

Seitdem hat die Stadt Dorsten über 20 neue Stellen geschaffen. Über 20. Keine Frage: Darunter befinden sich auch Stellen, die Pflichtaufgaben

wahrnehmen und notwendig sind. Dennoch sollte man auch immer vor der eigenen Tür kehren: Es ist schlicht Realsatire dass Dorsten sich – obwohl die prekäre Haushaltslage vom Kämmerer immer wieder zurecht erwähnt wird – nun einen Klimamanager für 90.000 € leistet. Die Stellenausschreibung in der Vorlage ist so vage, dass prinzipiell jeder mit etwas Kampagnen- und social media Erfahrung den Job machen kann. Man kann ja zum Klimawandel so oder so skeptische Nachfragen stellen: Wenn das IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) bereits in seiner Präambel feststellt, dass der Klimawandel menschengemacht sei – wie ist dann noch Objektivität möglich? Ohnehin hat man aus dem Wissenschaftler von heute eine Art Unternehmensberater gemacht, der die Ergebnisse liefert die sein Fördergeber von ihm verlangt. Dieser kann dann im Gegenzug das Etikett „wissenschaftlich erwiesen“ an den Sachverhalt anheften. Hier gerät man in die gefährliche Nähe einer invasiv gewordenen Wünschelruten-Wissenschaft die vordergründige, intuitiv erfassbare Scheinkorrelationen mit Logik verwechselt. Und da bezogen auf den Klimawandel prinzipiell jedes Verhalten der Bürger relevant werden kann – von der Strecke, die jemand mit dem Auto zurücklegt bis hin zum Co2 Ausstoß des Rinds, dessen Steak sie oder er auf dem Teller hat – ergeben sich zwei Möglichkeiten: Entweder gängelt und maßregelt der Klimamanager die Bürger oder er macht nichts und kostet einfach nur Geld.

Auch die eingangs erwähnte Neigung einiger Politiker, gute Zwecke zu finden, die sich nicht über Förderprogramme refinanzieren lassen und dafür (nicht vorhandenes) Geld auszugeben findet sich im Stellenplan wieder: So soll ein kommunaler Ordnungsdienst geschaffen werden, der für Sauberkeit

in der Stadt sorgt. „Warum nur eine Stelle schaffen wenn es für den doppelten Preis auch zwei gibt“ dachte sich vermutlich mancher Ordnungspolitiker ohne zu beachten, dass ja auch jene Bürger dafür aufkommen müssen, die sich ordnungsgemäß und vorbildlich verhalten. Soll man die Allgemeinheit belasten weil sich ein kleiner Teil nicht benehmen kann? Wir haben die in diesem Zusammenhang ins Spiel gebrachte Erhöhung der Hundesteuer aus tiefer Überzeugung abgelehnt, zumal die Hundebesitzer in Dorsten ohnehin bereits viel zahlen. Eine Erhöhung wäre das falsche Signal.

Ich muss in diesem Zusammenhang loben, dass der Bürgermeister in dieser Gerechtigkeitsfrage bisher Haltung gezeigt hat: In einer Betriebsausschusssitzung (08.06.2015, siehe Protokoll der Sitzung) sagten Sie, dass sie es nicht einsehen, dass städtische Mitarbeiter den wild weggeworfenen Müll anderer Leute wegräumen müssen und dass dafür auch kein zusätzliches Geld in die Hand genommen wird. Es ist richtig, hier an die Eigenverantwortung der Bürger zu erinnern, statt nach dem Staat bzw. der Stadt zu rufen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich kehre zur oben genannten Frage zurück, inwieweit wir überhaupt das Personal haben die Förderprogramme umzusetzen. Wir haben es nicht. Man könnte also glatt den Eindruck gewinnen, dass für vieles Geld da ist, nur nicht für die Umsetzung von Förderprogrammen beispielsweise an Schulen. *Hier* besteht Handlungsbedarf, *hier* hätte man zuerst im Stellenplan

handeln müssen wenn man über zusätzliches Personal redet, *hier* kann Mehrwert geschaffen werden. Ich freue mich, dass wir nun gemeinsam für eine Ingenieurstelle im Tiefbauamt noch eine Kompensation erarbeiten konnten und ein entsprechender Antrag formuliert wurde. Ohne diese Ergänzung hätten wir uns aufgrund der falschen Prioritätensetzung vorbehalten den Stellenplan abzulehnen.

Dieser erste Schritt zur Abarbeitung des Sanierungsstaus durch die Nutzung von Förderprogrammen reicht zwar bei weitem nicht aus, aber für mehr fehlen uns die Mittel. Während der Haushaltseinbringung wurde uns bekanntgegeben, dass die Stadt den Wert ihrer Infrastruktur aktuell nicht erhalten kann. Als Ratsmitglieder hätten wir daher eine Entscheidung zu treffen, ob wir weiter an den Gebäuden, Brücken und Straßen sparen und die Kosten damit der nächsten Generation aufbürden. Es ist richtig den Rat hier mit einzubeziehen; ich denke auch, dass jeder Bürger den Verfall der Infrastruktur auf die eine oder andere Weise mitbekommt – und sei es dass sie oder er die Stoßdämpferteststrecken nutzt, welche man hierzulande Straßen nennt. Aber sind wir als Rat hier noch das handelnde Subjekt? Liegt die Entscheidung noch in Dorsten?

Wenn man den gesamten Haushalt betrachtet und die Personalausgaben, die Kreisumlage und die Pflichtaufgaben abzieht bleibt noch ein kärglicher Rest von ca 5% des Etats, über den wir als Kommunalpolitiker überhaupt noch verfügen. Alles Übrige ist fest verplant und wird de facto sofort weitergereicht. Es ist folglich nicht die Entscheidung, welche beim Rat liegt, sondern die Illusion der Entscheidung. Wenn sich an den am Anfang meiner

Rede kritisierten Strukturen und den Vorgaben der Umlageverbände nichts ändert werden wir in Zukunft im schlimmsten Fall vielleicht nicht darüber diskutieren müssen ob wir den Investitionsstau vollständig beseitigen; wir werden priorisieren müssen welche Gebäude und welche Brücken wir zuerst verfallen lassen weil nicht alles gerettet werden kann. Das ist mittlerweile die traurige Realität in diesem Land!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

sie werden sich fragen wo denn eigentlich die Mittel bleiben wenn die Stadt das meiste einfach weiterleitet? Ein Beispiel: Der RVR, an den Sie bis heute die Abgabe für die Kulturhauptstadt 2010 in Essen zahlen, plant aktuell eine „Standortmarketingkampagne“ für mindestens 3 Jahre mit Option auf eine einjährige Verlängerung. In der Vorlage (Drucksache 13/0513 im Informationssystem des Ruhrparlaments) ist aber schon die Rede davon die Kampagne dauerhaft anzulegen. Diese Imagekampagne soll die Stärken der Ruhrgebietsmentalität betonen, sie soll authentisch wirken und die Tourismuswerbung forcieren. Ziel ist laut Wirtschaftsausschuss vom 07.06. ein Gesamtetat von 11,2 Mio € (plus Kosten für eine vorbereitende „Marktstudie“). Was denken Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, nutzt den Menschen und der Region mehr: Diese Mittel in die Infrastruktur zu investieren oder damit PR-Agenturen zu beauftragen die „Markenkerne beschreiben“, „Imagewerte festlegen“ (Drucksache 13/0301) und hier und da ein Logo umlackieren?



Ich bedanke mich bei der Kämmerei, die uns umfangreiches Zahlenmaterial zur Verfügung gestellt hat.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.